

IVD mit Gesetzesvorstoß gegen Mietnomaden - Unterstützung aus der CDU

Der Verband der Makler, Sachverständigen und Verwalter IVD fordert im Umgang mit so genannten Mietnomaden von der Politik "wirksame Mittel, um in Räumungsverfahren schnellere Ergebnisse zu erzielen" und hat zusammen mit der Kanzlei Bethge und Partner einen Gesetzentwurf vorgelegt. Damit soll die Zeitspanne zwischen Wohnungskündigung und Räumung halbiert und so der wirtschaftliche Schaden

für den Vermieter begrenzt werden. Die schwarz-gelbe Koalition hatte bereits bei ihrem Amtsantritt vereinbart, stärker gegen Mietnomaden vorzugehen. "Jetzt nehmen wir die Regierung beim Wort", so IVD-Präsident Jens-Ulrich Kießling. Der IVD-Entwurf sieht außerdem vor, dass bei Empfängern staatlicher Transferleistungen die Miete künftig direkt an den Vermieter überwiesen wird, "um Missbrauch zu vermeiden".

Der in der CDU-Fraktion für Mietrechtsfragen zuständige Berichterstatter Jan-Marco Luczak hat bereits Unterstützung für den Vorschlag signalisiert. Zugleich sprach er sich gegen die ebenfalls im Koalitionsvertrag vorgesehene Angleichung der Kündigungsfristen für Mieter und Vermieter aus: "Die derzeitige Rechtslage ist angemessen."